

**Gemeinderatsfraktion
Gauting**

Anne Franke
Annette Derksen
Claudia Nothaft
Hans Wilhelm Knappe
Heinrich Moser
Jens Rindermann
Dr. Matthias Ilg
Dr. Michaela Reißfelder-Zessin

Gauting, 14. September 2021

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der Fraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN stellen wir folgenden

Antrag auf Durchführung einer Sondersitzung des Gemeinderates zum kommunalen Klimaschutz

Angesichts der dramatischen Verschärfung der Klimakrise möge der Gemeinderat beschließen:

- **Durchführung einer zeitnahen Sondersitzung zu ‚Möglichkeiten des kommunalen Klimaschutzes‘ und Beratung mindestens folgender Handlungsfelder:**
 - **Bauen**
 - **Energie**
 - **Mobilität**
 - **Haushalt (Finanzen, Wirtschaft und Soziales)**
- **Ziel der Sondersitzung ist ein gemeinsames Bekenntnisses zum kommunalen Klimaschutz und die Ableitung konkreter Maßnahmen zur Erreichung des 1,5° Zieles bezogen auf unseren Wirkungskreis**

Begründung:

Hitzerekorde in Nordamerika, schwerste Waldbrände weltweit, rasant schmelzende Eisschilde der Polkappen und Überschwemmungen schlimmsten Ausmaßes in West- und Mitteleuropa. Ein Jahrhundertereignis reiht sich an das andere.

Der aktuelle Klimabericht des Weltklimarates¹⁾ lässt keinen Zweifel zu, dass es sich hier um die Auswirkungen eines von Menschen gemachten Klimawandels handelt, der auch noch schneller abläuft als bisher angenommen: Bereits 2030 droht eine Erderwärmung um 1,5 Grad - zehn Jahre früher als bisher prognostiziert. Sollten Kipppunkte überschritten werden, wird sich die Geschwindigkeit der Entwicklung von gerechneten Modellen entkoppeln und weiter erhöhen.

Für die Beseitigung der materiellen Unwetterschäden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz werden derzeit 30 Mrd. Euro öffentlicher Gelder veranschlagt. Die Kosten des Klimawandels werden weiter steigen, je länger wir Investitionen in den Klimaschutz verschieben.

Dennoch steht Deutschland nach Berechnungen von Agora Energiewende²⁾ 2021 vor dem höchsten Anstieg der Treibhausgasemissionen seit 1990.

Deshalb müssen sich kommunale Planungen in Zukunft am Klimaschutz ausrichten und alle Beteiligten, Verwaltung, Bürgermeisterin, Gemeinderat und Bürgerschaft sind aufgerufen Vorschläge einzubringen, damit wir die noch verbleibende Zeit als Chance nutzen können, mit neuen Prioritäten das Ruder herumzureißen.

Keine Investitionen in den Klimaschutz bedeuten höhere Investitionen in die Auswirkungen des Klimawandels. Es ist ausgeschlossen, dass wir nicht investieren müssen.

Quellen:

¹⁾ <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/#SPM>

²⁾ <https://www.agora-energiewende.de/presse/neuigkeiten-archiv/deutschland-steht-2021-vor-dem-hoechsten-anstieg-der-treibhausgasemissionen-seit-1990/>